

Haushalts- und Finanzausschuß
37. Sitzung

08.10.1987
rp-ma

- 7 Beschäftigung arbeitsloser Sportlehrer
Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 10/2327

Dieser Punkt wird im Hinblick auf die vom federführenden Sportausschuß zu dem Antrag der CDU vorgesehene Anhörung von der Tagesordnung abgesetzt.

- 8 Freigabe der mit dem Haushalt 1987 bewilligten zusätzlichen Stellen für das Landesamt für Wasser und Abfall zur Intensivierung der Gewässerüberwachung in Nordrhein-Westfalen
hier: Entsperrung von Stellen gemäß § 36 LHO
Vorlage 10/1147

Der Ausschuß willigt gemäß § 36 LHO in die Besetzung der in der Vorlage 10/1147 genannten Stellen ein.

9. Anhebung einer Leerstelle bei Kapitel 03 010 Titel 422 10
Vorlage 10/1157

Der Ausschuß willigt gemäß § 7 Abs. 5 Haushaltsgesetz 1987 in die Hebung einer Leerstelle nach Besoldungsgruppe A 15 bei Kap. 03 310 ein.

Haushalts- und Finanzausschuß
37. Sitzung

08.10.1987
rp-ma

- 10 Einrichtung von Planstellen für Lehrer gemäß § 7 a Abs. 4 Haushaltsgesetz 1987 bei Auflösung einer Ersatzschule;
hier: Kapitel 05 410 - Öffentliche berufsbildende Schulen -
und
05 440 - Öffentliche Kollegschulen -
Vorlage 10/1144

Der Ausschuß stimmt folgender Beschlußempfehlung der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" zu:

Die Arbeitsgruppe empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuß, gemäß § 7 a Abs. 4 Haushaltsgesetz 1987 seine Einwilligung zur Einrichtung von insgesamt bis zu 36 Planstellen in den Jahren 1987 bis 1989 zu erteilen und in diesem Umfang die Inanspruchnahme freier werdender kw-Stellen für die Einstellung der Lehrer der aufgelösten Ersatzschule zuzulassen. Die Inanspruchnahme der Ermächtigung sowie die Wertigkeit der Planstellen soll entsprechend der Vorlage 10/1144 erfolgen.

- 11 Einstellungszusagen an Anwärter für die Laufbahn des gehobenen und mittleren Dienstes in der Finanzverwaltung, bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie im Justizvollzug des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988
Vorlagen 10/1175 und 10/1198

Der Ausschuß stimmt der Erteilung von Einstellungszusagen an Anwärter für die Laufbahnen des gehobenen und mittleren Dienstes bei der Finanzverwaltung und bei der Justiz bis zur Höhe von 50 % der im Haushaltsentwurf 1988 vorgesehenen Einstellungsermächtigungen zu.